



Nr. 32

28. September 2023

Friedrichstraße 169
D-10117 Berlin

Verantwortlicher Redakteur
Michael Eufinger

Telefon 030.40 81-55 70
Telefax 030.40 81-55 99
presse@dbb.de
www.dbb.de

Inhalt

Faeser-Initiative für öffentlichen Dienst in Hessen

[Silberbach: „Die Bundesinnenministerin sorgt für massive Irritationen bei den Beschäftigten“](#)

dbb jugend

[Rechtsextremismus: Beängstigende Entwicklung](#)

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

Thüringen

[Konzepte zu Mehrarbeit und Seiteneinsteigern unterzeichnet](#)

Deutsche Polizeigewerkschaft (DPoIG)

[Stammtischgerede in der öffentlichen Diskussion um Grenzschutz beklagt](#)

Deutsche Zoll- und Finanzgewerkschaft (BDZ)

[Interessen der FIU-Beschäftigten im Fokus](#)

Verband Bildung und Erziehung (VBE)

[Bildungspolitische Halbzeitbilanz: Dringender Handlungsbedarf](#)

[Namen und Nachrichten](#)

aktuell

Informationsdienst des dbb

Faeser-Initiative für öffentlichen Dienst in Hessen **Silberbach: „Die Bundesinnenministerin sorgt für massive Irritationen bei den Beschäftigten“**

Als Wahlkämpferin verspricht Nancy Faeser große Reformen für den hessischen Landesdienst, die sie als Innenministerin der Bundesverwaltung verweigert. Der dbb warnt vor den Folgen.

Der dbb Bundesvorsitzende Ulrich Silberbach sagte am 26. September 2023: „Nancy Faeser hat versprochen, im Falle eines Wahlsiegs in Hessen als Ministerpräsidentin die Besoldung der dortigen Beamtinnen und Beamten verfassungskonform zu gestalten und deren Arbeitszeit abzusenken. Diese Initiative ist natürlich grundsätzlich zu begrüßen. Die Bundesinnenministerin sorgt damit aber für massive Irritationen bei den Beschäftigten in der Bundesverwaltung. Die Beamtinnen und Beamten des Bundes warten nämlich ebenfalls seit geraumer Zeit auf solche Reformen, denn auch ihre Besoldung ist nicht verfassungskonform und auch die Erhöhung ihrer Arbeitszeit wurde – trotz anderslautender Versprechung – immer noch nicht zurückgenommen. Da stellt sich die Frage: Warum verspricht sie den Kolleginnen und Kollegen in Hessen etwas, das sie in ihrer aktuellen Funktion den Beamtinnen und Beamten des Bundes verwehrt? Das ist nicht mein Verständnis von verantwortungsvoller Führung.“

Silberbach machte deutlich, dass die Bundesinnenministerin nun umgehend ein entsprechendes Gesetzespaket auf Bundesebene vorlegen müsse: „Von den Beschäftigten des öffentlichen Dienstes wird selbstverständlich erwartet, dass sie mit beiden Beinen fest auf dem Boden des Grundgesetzes stehen. Da passt es überhaupt nicht ins Bild, wenn der Bund seinen Beamtinnen und Beamten eine verfassungskonforme Alimentation vorenthält. Auch die 41-Stunden-Woche für Beamtinnen und Beamte des Bundes ist längst durch nichts mehr zu rechtfertigen und wird von den Betroffenen als große Ungerechtigkeit empfunden, da die ursprüngliche Begründung für die Erhöhung der Wochenarbeitszeit schon lange entfallen ist. Abgesehen davon wird durch die aktuelle Situation die Gewinnung von dringend benötigten Nachwuchskräften deutlich erschwert.“

dbb jugend

Rechtsextremismus: Beängstigende Entwicklung

Laut einer Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung hat sich die Zahl an Menschen mit einem rechtsextremen Weltbild seit letztem Jahr verdreifacht.

„Dass gerade bei jungen Menschen die rechtsextremen Haltungen zunehmen, ist eine beängstigende Entwicklung“, bewertet Matthäus Fandrejewski, Vorsitzender der dbb jugend, am 22. September 2023 die Ergebnisse der Studie. „In Zeiten multipler Krisen sollten die Menschen zusammenrücken und füreinander einstehen, nicht rechtsextremes Gedankengut entwickeln. Wir brauchen Solidarität und Zusammenhalt, kein Abdriften an den rechten Rand.“

Fandrejewski blickt mit besonderer Sorge auf die anstehenden Wahlen in Europa und Deutschland: „In Anbetracht der EU-Wahlen im kommenden Jahr und der Bundestagswahl im Jahr darauf müssen wir als zivilgesellschaftliche Organisationen gemeinsam handeln und

mit voller Kraft diesen Strömungen entgegenwirken. Wir brauchen mehr politische Aufklärung bei der Jugend sowie ein Ende der gesellschaftlichen Polarisierung. Die Bundesregierung hat bis zur nächsten Wahl genau zwei Jahre Zeit, mit ihrer Politik die Bürger wieder abzuholen, um jegliche extremistische Strömungen zu unterbinden.“ Für die Jugend sei die Situation besonders prekär, da sich in diesem Alter die politische Haltung festige, erklärt Fandrejewski. „Die Jugend darf nicht das Vertrauen in die Demokratie verlieren. Sie sind die Wählerinnen und Wähler von heute und die Entscheiderinnen und Entscheider von morgen. Wir dürfen sie nicht an den Extremismus verlieren.“

Hintergrund: 12 Prozent der befragten Jugendlichen zwischen 18 und 34 Jahren stimmten rechtsextremen Einstellungen zu – mehr als in den anderen Altersgruppen. Die Verharmlo-

sung des Nationalsozialismus und die Zustimmung bei antisemitischen und sozialdarwinistischen Aussagen waren bei den Jugendlichen deutlich häufiger als bei den anderen Altersgruppen.

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

Thüringen

Konzepte zu Mehrarbeit und Seiteneinsteigern unterzeichnet

Gemeinsam mit dem Thüringer Bildungsministerium wollen der tbb beamtenbund und tarifunion thüringen und seine Bildungsgewerkschaften die Arbeitsbedingungen der Thüringer Lehrkräfte im staatlichen Schuldienst gestalten.

Zwei entsprechende Vereinbarungen unterzeichneten am 25. September 2023 Bildungsminister Helmut Holter und Vertreterinnen und Vertreter des Spitzenverbandes tbb und der tbb Gewerkschaften. Sie umfassen zum einen Verbesserungen des Seiteneinstiegs in den Thüringer Schuldienst und zum anderen eine

Zielvereinbarung zur Schaffung rechtlicher Voraussetzungen für faire Mehrarbeit und zur Schaffung eines Unterrichtskontomodells.

Gewerkschaften und Ministerium haben außerdem vereinbart, ein Modell zu entwickeln, das freiwillige Mehrarbeit genauso wie attraktive Vergütungsmöglichkeiten dafür umfasst.

Deutsche Polizeigewerkschaft (DPoIG)

Stammtischgerede in der öffentlichen Diskussion um Grenzschutz beklagt

Die öffentlichen Diskussionen über Kontrollen an den deutschen Binnengrenzen sind nach Auffassung der DPoIG von viel Populismus und Ahnungslosigkeit geprägt.

In Berlin erklärte der DPoIG Bundesvorsitzende Rainer Wendt am 26. September 2023: „Wenn der Innenminister von Thüringen Georg Meyer über lange Staus an den Grenzübergängen schwadroniert, sollte er sich die Situation an der Grenze zu Österreich anschauen und sich mit dem Thema inhaltlich einmal richtig befassen, statt die Menschen mit Stammtischgerede zu verunsichern. Weder gibt es dort Schlagbäume, noch stauen sich die Fahrzeuge. Die Bundespolizei leistet dort seit etlichen Monaten hervorragende Arbeit. Es werden kriminelle Schleuser gefasst, Hintergründe aufgedeckt und ganze Banden zerschlagen. Außerdem hat die Bundespolizei die illegale Einreise tausender Menschen verhindert, genau das brauchen wir auch an den Grenzen zu Polen, Tschechien und der Schweiz.“

Stationäre Grenzkontrollen würden die Bundespolizei auch personell nicht überfordern, wie vielfach behauptet werde. Wendt: „Das ist blanker Unsinn. Schon jetzt sind die Kolleginnen und Kollegen dort im Einsatz, aber sie können aufgrund fehlender Anmeldung (Notifizierung) der Grenzkontrollen nicht als Grenzbehörde tätig werden und sind eher Taxiunternehmen für Schleuserbanden, weil die Verantwortlichen viel zu lange palavern und nichts entscheiden. Frau Faeser glaubt offenbar, man könne sich mit solchen Debatten über die Zeit bis zur Landtagswahl in Hessen retten, das ist verantwortungslos. Die Lage an den Grenzen wird zunehmend dramatisch, die Kommunen sind vielfach längst überfordert.“

Die Bundespolizei hat immer wieder gezeigt, so der DPoIG Chef weiter, dass sie in kürzester Zeit in der Lage sei, notwendige Strukturen

aufzubauen und mit der Arbeit zu beginnen. „Wenn endlich die richtigen Entscheidungen getroffen werden, statt nur Wahlkampf in Hessen zu machen. Schon jetzt hat Polen reagiert und kontrolliert an der Grenze zu Slowenien,

genauso bekommen wir die Lage in den Griff. Solange die Außengrenzen nicht vernünftig geschützt sind, muss innerhalb der EU das Notwendige getan werden.“

Deutsche Zoll- und Finanzgewerkschaft (BDZ) Interessen der FIU-Beschäftigten im Fokus

Die Verankerung des risikobasierten Ansatzes in der Arbeitsweise der Financial Intelligence Unit (FIU) des Zolls stand im Mittelpunkt einer öffentlichen Anhörung im Finanzausschusses des Deutschen Bundestags, zu der auch der BDZ Chef Thomas Liebel als Sachverständiger geladen war.

In der stark von rechtstechnischen Details geprägten Anhörung des Finanzausschusses am 25. September 2023 setzte sich Liebel für die Anliegen der Beschäftigten ein, die dringend Arbeitserleichterungen und Rechtssicherheit benötigen. Das in den letzten fünf Jahren exorbitant angestiegene Meldeaufkommen bei der FIU müsse zu einem Umdenken führen. „Wir können das Personal verzehnfachen – die Meldungen werden weiter steigen. Wir werden nur Herr der Lage, wenn wir eine risikoorientierte Herangehensweise fahren“, stellte der BDZ Chef klar.

Der risikobasierte Ansatz (RBA) ist anerkannter internationaler Standard in der Geldwäschebekämpfung und wird von nahezu allen FIUs weltweit angewendet. Dies geht aus der EU-Geldwäscherichtlinie und den Vorgaben der Financial Action Task Force (FATF) hervor. Das Konzept sieht vor, zunächst eine Grundrecherche zu betreiben, das heißt eingehende Informationen anzureichern und auf Basis dieser Recherche die Entscheidung über die vertiefte Analyse zu treffen. Dem Ansatz liegen ebenfalls die Ergebnisse der Nationalen Risikoanalyse zu Grunde, in der die FIU mit 25 deutschen Strafverfolgungsbehörden Kriterien zur Ausgestaltung des RBA festgelegt hat.

Auch die schon länger erfolgreich mit dem RBA arbeitende niederländische FIU war in der

Anhörung als Sachverständige geladen. Ihr Beitrag hat gezeigt, dass Abstimmungsprobleme zwischen einer echten Intelligence-Behörde mit Strafverfolgungsbehörden nicht sein müssen. In den Niederlanden gehen ca. 1 Million Geldwäscheverdachtsmeldungen ein, davon weisen rund 80 Prozent eine internationale Komponente, also grenzüberschreitende Bezüge auf. Die Zusammenarbeit zwischen FIU und Polizeibehörden läuft reibungslos; im Fall von tiefergehenden Ermittlungen können die dortigen Behörden auf die Daten der niederländischen FIU zugreifen. Umgekehrt erhalten Verpflichtete dort ebenfalls eine automatisierte Rückmeldung, wenn ihre Daten an Strafverfolgungsbehörden weitergeleitet wurden. Ausschlaggebend sei die Bereitschaft aller Beteiligten, den Unterschied zwischen „Intelligence“, also nachrichtendienstlicher Recherche, und Beweisdarlegung im Sinne strafrechtlicher Ermittlungen in ihrer Arbeit zu akzeptieren. Auch in Deutschland hat die FIU bereits heute umfangreiche Datenzugriffsrechte, die weiterhin ausbaufähig sind. Für eine bessere Zusammenarbeit mit Polizeibehörden und Verpflichteten sollte laut BDZ deshalb nun ihr Kernauftrag gesetzlich fixiert werden. Dass hierzulande weiterhin völlig unterschiedliche Auffassungen über die Rolle der FIU vorliegen, bremse die Geldwäschebekämpfung unnötigerweise aus.

Verband Bildung und Erziehung (VBE)

Bildungspolitische Halbzeitbilanz: Dringender Handlungsbedarf

Bilanz der Bildungspolitik nach zwei Jahren Koalition aus SPD, Grünen und FDP auf Bundesebene: Besonders in den Bereichen Digitalisierung, bei der Fort- und Weiterbildung von Lehrkräften und bei der frühkindlichen Bildung sieht der VBE dringenden Handlungsbedarf.

Der VBE Bundesvorsitzende Gerhard Brand sagte am 27. September 2023: „Die ‚Ampel‘ hat sich viel vorgenommen, als sie von den Grundlagen für ein Jahrzehnt der Bildungschancen gesprochen hat. Einige Großprojekte, wie das Startchancen-Programm und die Kindergrundsicherung, sind – wenn auch nicht ausfinanziert – immerhin auf den Weg gebracht. Doch die vielen weiteren Vorhaben dürfen nicht liegenbleiben, sonst droht die ambitionierte bildungspolitische Agenda, die sich die ‚Ampel‘ gesetzt hat, in vielen Punkten zu scheitern. Dies beginnt bereits bei den Grundlagen. Die versprochene Steigerung der öffentlichen Bildungsausgaben? Hat es in keinem nennenswerten Rahmen gegeben. Eine neue Kultur in der Bildungszusammenarbeit? Spätestens mit Blick auf den unwürdigen öffentlichen Schlagabtausch beim Digitalpakt: wohl kaum. Allgemein sieht es hinter vielen Schuloren noch sehr düster aus, was den digitalen Wandel angeht. Die angekündigte dauerhafte Unterstützung bei der Digitalisierung des Bildungswesens ist auf finanzieller Ebene bereits jetzt gescheitert, da ein möglicher Digitalpakt 2.0, sofern er überhaupt noch angegangen wird, bereits jetzt zu spät auf den Weg gebracht würde. Auch was das Angebot an Lehr- und Lernsoftware angeht, die Lehrkräfte ohne datenschutz- und urheberrechtliche Probleme nutzen können, ist noch deutlich Luft nach oben.“

Ähnlich verhalte es sich, so Brand, bei der Aus- und Fortbildung von Lehrkräften: „Es bleibt unklar, was von der angekündigten Weiterentwicklung der Qualitätsoffensive Lehrerbildung übrigbleibt. Sicher ist nur: Ende 2023

läuft das Programm aus. Statt in Zeiten des Lehrkräftemangels alles daran zu setzen, die Qualifizierung von Lehrkräften in einem vernetzten Projekt voranzubringen, bleibt die Bundesregierung hinter ihrem eigenen Anspruch zurück. Dabei braucht es gerade jetzt zukunftsweisende Ideen für gute Aus-, Fort- und Weiterbildung.“

Mit den Vorhaben in der frühkindlichen Bildung geht Brand noch deutlich schärfer ins Gericht: „Von der angekündigten Aufwertung der Arbeitsbedingungen durch die Etablierung von Qualitätsstandards sind wir noch immer meilenweit entfernt. Ganz im Gegenteil wurde mit den Sprach-Kitas ein erfolgreiches und ungemünztes wichtiges Programm kurzerhand eingestellt und durch eine halbseidene Alternative ersetzt. Unfassbar in Zeiten, in denen Integration eine zentrale Herausforderung in den Kitas darstellt. Der Arbeitsalltag der Kolleginnen und Kollegen in den Kitas gleicht einem Marathonlauf. Das Problem ist nur, dass eine Ziellinie beim besten Willen nicht in Sicht ist. Die wenigen Schritte in die richtige Richtung, wie Verbesserungen bei der Ausbildungsvergütung und der praxisintegrierten Ausbildung, reichen kaum aus und täuschen nicht über die Defizite hinweg: Keine Verbesserungen in der Betreuungsrelation, keine Erleichterungen durch digitale Strukturen und der drohende verschärfte Personalmangel, der durch den Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung an Grundschulen noch stärker werden wird. Die Politik muss endlich massiv in die frühkindliche Bildung investieren. Hier wird die Grundlage für eine erfolgreiche Bildungslaufbahn gelegt.“

Namen und Nachrichten

Nachdem die Einkommensrunde 2023 für die Tarifbeschäftigten bei Bund und Kommunen abgeschlossen werden konnte, will der **dbb schleswig-holstein** jetzt überfällige Einkommenserhöhungen für Tarifbeschäftigte der Länder sowie für Beamtinnen und Beamte auf Landes- und Kommunalebene erreichen. Vor der Festlegung der Forderungen will man der Mitgliederbasis die Möglichkeit geben, ihre Meinung ergänzend durch die Beteiligung an

einer Online-Umfrage einzubringen. „Der Aufwand ist gering: Zu sieben Fragen ist jeweils eine Antwortoption auszuwählen. Nicht zu vergessen ist: Forderungen durchzusetzen, bedeutet einen höheren Aufwand als sie aufzustellen. Spätestens dann kommt es nämlich auf alle an“, hieß es am 26. September 2023 vom dbb s-h. Den Link zur Online-Umfrage gibt es auf [dbb-sh.de](https://www.dbb-sh.de).

Termine:

11. Oktober 2023

Forderungsbeschluss zur Einkommensrunde der Länder

Weitere Informationen unter [dbb.de](https://www.dbb.de).

16.- 17. Oktober 2023

3. Bundesseniorenkongress

Weitere Informationen unter [dbb-senioren.de](https://www.dbb-senioren.de).

18. Oktober 2023

32. Europäischer Abend:

„Die große Transformation: Europäische Gesellschaft(en) im Umbruch“

Weitere Informationen und Anmeldung unter [europa-union.de](https://www.europa-union.de).

19. Oktober 2023

Ideencampus 2023 der dbb jugend

Weitere Informationen unter [dbb-jugend.de](https://www.dbb-jugend.de)
